

GESUNDHEITS-, SOZIAL-UND UMWELTDIREKTION

Bundesamt für Gesundheit Direktionsbereich Kranken- und Unfallversicherung Schwarzenburgstrasse 157 3003 Bern

Altdorf, 22. Dezember 2021

Verordnung über die Unfallversicherung (UVV); Verzicht auf Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. Oktober 2021 laden Sie die Kantonsregierungen ein, zum Entwurf zur Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) Stellung zu nehmen. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Namens und im Auftrag des Regierungsrats teilen wir Ihnen mit, dass der Kanton Uri auf die Abgabe einer Stellungnahme verzichtet.

Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Direktionssekretariat

Roland Hartmann, Generalsekretär



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössisches Departement des Innern Bundeshaus 3003 Bern

uv@bag.admin.ch dm@bag.admin.ch

Schwyz, 11. Januar 2022

Änderung Verordnung über die Unfallversicherung (UVV)

Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 27. Oktober 2021 hat das Eidgenössische Departement des Innern den Kantonsregierungen die Unterlagen zur Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) zur Vernehmlassung bis 11. Februar 2022 unterbreitet.

Der Regierungsrat stimmt der Änderung der Verordnung über die UVV zu. Die Verordnungsänderung entspricht dem Antrag der Branche, wobei die Zinssenkung auch den Versicherten zugutekommt.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Herr Bundesrat, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:

Petra Steimen-Rickenbacher Landammann

bacher

Dr. Mathias E. Brun Staatsschreiber



CH-6060 Sarnen, St. Antonistrasse 4, FD

Per E-Mail
Herr Bundesrat
Alain Berset
Eidgenössisches Departement des Innern (EDI)
Inselgasse 1
3003 Bern

uv@bag.admin.ch und dm@bag.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.4191

Sarnen, 10. Januar 2022/rc

Vernehmlassung des Bundes: Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. Oktober 2021 laden Sie die Kantonsregierungen ein, zur Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) eine Stellungnahme abzugeben. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit und äussern uns wie folgt:

Die Prämien der obligatorischen Unfallversicherung werden grundsätzlich für ein ganzes Jahr im Voraus bezahlt. Artikel 117 Abs. 1 der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) sieht gegen Bezahlung eines Zuschlags die Möglichkeit der viertel- oder halbjährlichen Prämienzahlung vor. Die vorgeschlagene Reduzierung dieser Zuschläge aufgrund des aktuell tiefen Zinsniveaus ist angebracht und gerechtfertigt. Wir begrüssen die Anpassung der Zuschläge bei halbjährlichen Prämienzahlungen von 1,25 Prozent auf 0,25 Prozent und von 1,875 Prozent auf 0,375 Prozent bei vierteljährlichen Zahlungen.

Ebenfalls unterstützt wird die neue Möglichkeit der Versicherer, bei wiederholtem Verzug der Ratenzahlung des Arbeitgebers oder des freiwillig Versicherten, den Ratenzahlungsmodus aufzuheben und den gesamten Restbetrag einzufordern.

Freundliche Grüsse

Maya Büchf-Kaiser Landstatthalter

Kopie an:

- Staatskanzlei



Finanzen und Gesundheit Rathaus 8750 Glarus Telefon 055 646 61 00 E-Mail: finanzengesundheit@gl.ch www.gl.ch

per E-Mail

- uv@bag.admin.ch
- dm@bag.admin.ch

Glarus, 2. November 2021 Unsere Ref: 2021-1605

Vernehmlassung zur Verordnung über die Unfallversicherung (UVV)

Hochgeachteter Herr Bundesrat Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Departement des Innern gab dem Kanton Glarus in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Der Regierungsrat des Kantons Glarus überwies das Geschäft dem Departement Finanzen und Gesundheit zur direkten Erledigung. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir und teilen Ihnen mit, dass wir mit der vorgeschlagenen Änderung einverstanden sind.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Benjamin Mühlemann Landesstatthalter

E-Mail an (PDF- und Word-Version):

- uv@bag.admin.ch
- dm@bag.admin.ch



Gesundheitsdirektion, Postfach, 6301 Zug

per E-Mail
Eidgenössisches Departement
des Innern EDI
Inselgasse 1
3003 Bern

T direkt 041 728 35 01 martin.pfister.rr@zg.ch Zug, 11. Januar 2022 GD GDS 6 / 273 / 54741

Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV): Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. Oktober 2021 haben Sie uns eingeladen, bis zum 11. Februar 2022 zur oben genannten Änderung Stellung zu nehmen.

Die Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) Artikel 117 Absatz 1 sieht gegen Bezahlung eines Zuschlags die Möglichkeit einer viertel- oder halbjährlichen Prämienzahlung vor. Die Zinssituation in der Schweiz und weltweit hat sich bedeutend verändert, weshalb die Zuschläge im Rahmen einer Verordnungsänderung gesenkt werden sollen.

Der Kanton Zug begrüsst die vorgeschlagene Anpassung des Ratenzahlungs-Zuschlags an die veränderten Marktverhältnisse, sowie dass die Versicherer bei wiederholtem Zahlungsverzug die Möglichkeit zur ratenweisen Prämienzahlung nicht weiter anbieten müssen. Damit können die administrativen Kosten gesenkt werden. Weitere Bemerkungen haben wir nicht anzubringen.

Für die Gelegenheit zur Stellungnahme bedanken wir uns.

Freundliche Grüsse Gesundheitsdirektion

Martin Pfister Landammann

Seite 2/2

Kopie an:

- uv@bag.admin.ch (PDF und Word-Dokument)
- dm@bag.admin.ch (PDF und Word-Dokument)
- Ausgleichskasse (info@akzug.ch, PDF)
- Finanzdirektion (info.fd@zg.ch, PDF)



Conseil d'Etat Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Conseil d'Etat CE Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48 www.fr.ch/ce

PAR COURRIEL

Département fédéral de l'intérieur DFI Inselgasse 1 3003 Berne

Courriel: <u>uv@bag.admin.ch</u> dm@bag.admin.ch

Fribourg, le 16 novembre 2021

Modification de l'ordonnance sur l'assurance-accidents (OLAA)

Madame, Monsieur,

Dans l'affaire susmentionnée, nous nous référons à votre courrier de mise en consultation du 27 octobre 2021 de Monsieur le Conseiller fédéral Berset. Le Conseil d'Etat remercie le DFI pour l'élaboration du dossier et l'invitation à prendre position concernant l'objet susmentionné.

Sur la base de notre examen, nous constatons que nous n'avons pas d'observations quant à la modification de l'ordonnance sur l'assurance-accidents et saluons les modifications proposées sans réserve.

Nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat:



Jean-François Steiert, Président

Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

Departement des Innern



Ambassadorenhof Riedholzplatz 3 4509 Solothurn Telefon 032 627 93 61 inneres@ddi.so.ch

Susanne Schaffner Regierungsrätin Bundesamt für Gesundheit BAG Direktionsbereich Kranken- und Unfallversicherung Schwarzenburgstrase 157 3003 Bern

13. Januar 2022

Verordnung über die Unfallversicherung (UVV); Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat Sehr geehrter Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 27. Oktober 2021 eingeladen, zur Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) eine Stellungnahme abzugeben.

Wir haben zu den vorgeschlagenen Änderungen der Verordnung keine Bemerkungen.

Für die Möglichkeit, eine Stellungnahme abgeben zu dürfen, danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse

Susanne Schaffner Regierungsrätin



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

Rathaus, Marktplatz 9 CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54 Fax: +41 61 267 85 72 E-Mail: staatskanzlei@bs.ch www.regierungsrat.bs.ch uv@bag.admin.ch dm@bag.admin.ch

Eidg. Departement des Innern EDI

Basel, 18. Januar 2022

Regierungsratsbeschluss vom 18. Januar 2022

Verordnung über die Unfallversicherung (UVV); Vernehmlassung Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrter Herr Bundesrat Sehr geehrte Damen und Herren

Am 27. Oktober 2021 haben Sie die Kantonsregierungen sowie weitere Kreise zur Vernehmlassung betreffend die Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) eingeladen. Der Regierungsrat bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Der Kanton Basel-Stadt begrüsst die vorgeschlagenen Änderungen von Art. 117 UVV. Die Ratenzahlungszuschläge werden an die veränderten Marktverhältnisse angepasst, und es wird die Möglichkeit geschaffen, die ratenweise Prämienzahlung bei Zahlungsverzug des Versicherungsnehmers aufzuheben.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme. Für Rückfragen steht Ihnen gerne Mike Oberholzer, Leiter Ausgleichskasse Basel-Stadt, mike.oberholzer@ak-bs.ch, Tel. 061 685 22 00 zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Beat Jans

Regierungspräsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl

k mrom

Staatsschreiberin

Beilage

Antwortformular

Stellungnahme von

: Kanton Basel-Stadt – Ausgleichskasse Basel-Stadt Name / Firma / Organisation

Abkürzung der Firma / Organisation : AKBS

Adresse : Wettsteinplatz 1

Kontaktperson

: Mike Oberholzer

Telefon : 061/685 22 00

E-Mail : mike.oberholzer@ak-bs.ch

: 2. Februar 2022

Datum

Wichtige Hinweise:

- 1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
- 2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen möchten, so können Sie unter "Extras/Dokumentenschutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.
 - 3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte bis am 11. Februar 2022 an folgende E-mail Adresse: uv@bag.admin.ch und dm@bag.admin.ch

Änderung de	r Verordnung ü	Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV)	
Name / Firma (bitte auf der ersten Seite angegebene Abkürzung verwenden)	Allgemeine Bemerkungen	cungen	
AKBS	Der Kanton Basv veränderten Mar des Versicherun	Der Kanton Basel-Stadt begrüsst die vorgeschlagenen Ergänzungen in Art. 117 UVV. Die Ratenzahlungszuschläge werden an die veränderten Marktverhältnisse angepasst, und es wird die Möglichkeit geschaffen, die ratenweise Prämienzahlung bei Zahlungsve des Versicherungsnehmers aufzuheben.	agenen Ergänzungen in Art. 117 UVV. Die Ratenzahlungszuschläge werden an die es wird die Möglichkeit geschaffen, die ratenweise Prämienzahlung bei Zahlungsverzug
Name / Firma	Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

Unser	Unser Fazit (bitte nur eine Antwort ankreuzen)
\boxtimes	Zustimmung
	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen
	Grundsätzliche Überarbeitung
	Ablehnung

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Appenzell Ausserrhoden

Abkürzung der Firma / Organisation : AR

Adresse : Departement Gesundheit und Soziales, Kasernenstrasse 17, 9102 Herisau

Kontaktperson : Armin Hanselmann, Departementssekretär stv.

Telefon : +41 71 353 64 89

E-Mail : armin.hanselmann@ar.ch

Datum : 16. Dezember 2021

Wichtige Hinweise:

- 1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
- 2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen möchten, so können Sie unter "Extras/Dokumentenschutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.
- 3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **bis am 11. Februar 2022** an folgende E-mail Adresse: <u>uv@bag.admin.ch</u> und dm@bag.admin.ch

			(TextVorschiag)	
Name / Firma	Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)	
AR	Appenzell Ausserrhoden ist mit der Änderung von Art. 117 Abs. 1 und Abs. 1 ^{bis} einverstanden. Der ratenweise Prämienzahlung und der Handhabung bei Verzug ist nichts entgegenzusetzen.			
Name / Firma (bitte auf der ersten Seite angegebene Abkürzung verwenden)	Allgemeine Bemerkungen			
Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV)				

Unser Fazit (bitte nur eine Antwort ankreuzen)			
Х	Zustimmung		
	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen		
	Grundsätzliche Überarbeitung		
	Ablehnung		



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei Marktgasse 2 9050 Appenzell Telefon +41 71 788 93 11 info@rk.ai.ch www.ai.ch Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an uv@bag.admin.ch und dm@bag.admin.ch

Appenzell, 16. November 2021

Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. Oktober 2021 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie unterstützt das Vorhaben, die Ratenzahlungszuschläge zu reduzieren. Die vorgeschlagenen Reduktionen auf 0.25% und 0.375% sind allerdings im heutigen Zinsumfeld immer noch zu hoch. Auch soll für die Festlegung der Zuschläge ein Mechanismus eingeführt werden. Künftige Anpassungen der Zuschläge bei Ratenzahlungen sollten ohne Verordnungsrevision möglich sein. So könnte beispielsweise für die Festlegung des Zuschlags als Basis der Zins für 10-jährige Bundesobligationen, mindestens aber 0%, genommen werden. Auf diesem Basiswert wäre für den Mehraufwand der Versicherer ein fixer Zuschlag von 0.1% bei halbjähriger Ratenzahlung und von 0.15% bei vierteljähriger Ratenzahlung aufzurechnen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:

Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Finanzdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)

Al 013.12-288.39-732441



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Departement des Innern Inselgasse 1 3003 Bern Regierung des Kantons St.Gallen Regierungsgebäude 9001 St.Gallen T +41 58 229 74 44 info.sk@sg.ch

St.Gallen, 7. Januar 2022

Änderung von Art. 117 Abs. 1 der Verordnung über die Unfallversicherung; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 27. Oktober 2021 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (SR 832.202; abgekürzt UVV) ein. Für die Möglichkeit der Stellungnahme danken wir Ihnen bestens.

Wir können Ihnen mitteilen, dass wir mit der vorgeschlagenen Verordnungsanpassung gemäss Vorlage einverstanden sind.

Im Namen der Regierung

Dr. Benedikt van Spyk Staatssekretär

Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:

uv@bag.admin.ch und dm@bag.admin.ch

Präsident

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Kanton Graubünden / Departement für Finanzen und Gemeinden

Abkürzung der Firma / Organisation : GR / DFG

Adresse : Reichsgasse 35, 7001 Chur

Kontaktperson : Matthias Lanz

Telefon : 081 257 32 19

E-Mail : matthias.lanz@dfg.gr.ch

Datum : 20. Dezember 2021

Wichtige Hinweise:

- 1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
- 2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen möchten, so können Sie unter "Extras/Dokumentenschutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.
- 3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **bis am 11. Februar 2022** an folgende E-mail Adresse: <u>uv@bag.admin.ch</u> und <u>dm@bag.admin.ch</u>

Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV)				
Name / Firma (bitte auf der ersten Seite angegebene Abkürzung verwenden)	Allgemeine Bem	nerkungen		
GR / DFG	Verzicht auf eine	Verzicht auf eine Stellungnahme		
Name / Firma	Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)	

Unser Fazit (bitte nur eine Antwort ankreuzen)		
	Zustimmung	
	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen	
	Grundsätzliche Überarbeitung	
	Ablehnung	

Numero Bellinzona

0

Consiglio di Stato Piazza Governo 6 Casella postale 2170 6501 Bellinzona

5767

telefono +41 91 814 41 11 fax +41 91 814 44 35 e-mail can@ti.ch web www.ti.ch

Repubblica e Cantone

24 novembre 2021

Ticino

Il Consiglio di Stato

fr

Egregio Signor Consigliere Federale Alain Berset Dipartimento federale dell'interno 3003 Berna

uv@bag.admin.ch dm@bag.admin.ch

Modifica dell'ordinanza sull'assicurazione contro gli infortuni (OAINF) – Procedura di consultazione

Egregio signor Consigliere Federale,

con riferimento alla proposta della modifica dell'Ordinanza sull'assicurazione contro gli infortuni (OAINF), la ringraziamo per averci consultati.

Il progetto posto in consultazione concerne la modifica dell'art. 117 dell'Ordinanza sull'assicurazione contro gli infortuni (OAINF). Questo articolo disciplina il supplemento per il pagamento rateale dei premi e gli interessi di mora. La modifica proposta prevede di diminuire i supplementi per il pagamento rateale dei premi: dal 1,250% allo 0,250% per i pagamenti semestrali e dal 1,875% allo 0,875% per i pagamenti trimestrali. È inoltre introdotta la possibilità per l'assicurazione di revocare la modalità di pagamento rateale dei premi in caso di mora dell'assicurato.

Non abbiamo particolari osservazioni alla modifica proposta della citata disposizione e al relativo commento del rapporto esplicativo, siccome per il Canton Ticino la diminuzione del supplemento per il pagamento rateale dei premi non ha ripercussioni a livello finanziario: difatti, il pagamento del premio della polizza LAINF avviene annualmente e non a rate.

Ringraziandola per l'opportunità accordata di esprimerci in materia, voglia gradire, Onorevole Consigliere Federale, l'espressione della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

" Och

Manuele Bertoli

II Presidente





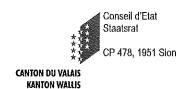
Consiglio di Stato 6501 Bellinzona

2 di 2

RG n. 5767 del 24 novembre 2021

Copia a:

- Consiglio di Stato (decs-dir@ti.ch; dfe-dir@ti.ch; di-dir@ti.ch; dss-dir@ti.ch; dt-dir@ti.ch; can-sc@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Sezione delle risorse umane (dfe-sru@ti.ch)
- Pubblicazione in Internet







Monsieur Alain Berset Conseiller fédéral Chef du Département fédéral de l'intérieur Palais fédéral 3003 Berne



Date

19 JAN. 2022

Modification de l'ordonnance sur l'assurance-accidents (OLAA) – ouverture de la procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

En date du 27 octobre 2021, vous nous avez soumis le dossier de consultation susmentionné.

Le Gouvernement valaisan a pris connaissance du projet de modification cité en titre et de son rapport explicatif.

Après un examen attentif de celui-ci, il constate que l'adaptation de la majoration pour le paiement échelonné des primes aux nouvelles conditions du marché, de même que la suppression de ce mode de paiement en cas de retards répétés sont nécessaires.

Le projet n'appelle pour le reste pas de remarque particulière de notre part et le canton du Valais souscrit par conséquent à la modification proposée.

En vous remerciant de nous avoir donné l'occasion de nous prononcer sur ce sujet, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre parfaite considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

Le chancelier

Frédéric Favre

Philipp Spörri

Copie à :

- uv@bag.admin.ch

- dm@bag.admin.ch





LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET CANTON DE NEUCHÂTEL

Envoi par courrier électronique (Word et PDF)

Département fédéral de l'intérieur DFI Palais fédéral 3003 Berne

uv@bag.admin.ch dm@bag.admin.ch

Modification de l'ordonnance sur l'assurance-accidents (OLAA) ; Ouverture de la procédure de consultation

Monsieur le conseiller fédéral,

Le Canton de Neuchâtel vous remercie de lui avoir donné la possibilité de participer à la consultation fédérale citée sous rubrique.

Le Conseil d'État soutient l'adaptation à la baisse des majorations existantes, en particulier en regard de l'importante évolution qu'ont connu les taux d'intérêt au cours des dernières années. Elle permettra aux employeurs de réaliser des économies. Quant à la possibilité pour l'assureur de supprimer le paiement échelonné si l'employeur a plus d'un paiement en retard, le Conseil d'État rejette cette proposition de modification. En effet, cette disposition ne ferait qu'accentuer les difficultés des entreprises ayant déjà des défis de trésorerie.

Nous vous remercions de votre attention et vous prions de croire, Monsieur le conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

Neuchâtel, le 24 janvier 2022

Au nom du Conseil d'État :

Le président, L.FAVR**Z** La chancelière,

S. DESPLAND



REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50 regierungsrat@ag.ch www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus

Bundesamt für Gesundheit Schwarzenburgstrasse 157 3003 Bern

26. Februar 2022

Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. Oktober 2021 haben Sie uns eingeladen, zur Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) Stellung zu nehmen. Wir danken dafür und nehmen die Gelegenheit gerne wahr.

Die beantragten Änderungen werden im erläuternden Bericht nachvollziehbar begründet, sind aus unserer Sicht unproblematisch und geben zu keinen Bemerkungen Anlass.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Alex Hürzeler Landammann Joana Filippi Staatsschreiberin

Beilage

• Stellungnahme in Tabellenform

Kopie

- · uv@bag.admin.ch
- · dm@bag.admin.ch

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Regierungsrat des Kantons Aargau

Abkürzung der Firma / Organisation : RR AG

Adresse : Regierungsgebäude, 5001 Aarau

Kontaktperson : Stephan Campi, Generalsekretär des Departements Gesundheit und Soziales

Telefon : 062 835 29 03

E-Mail : stephan.campi@ag.ch

Datum : 26. Januar 2022

Wichtige Hinweise:

- 1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
- 2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen möchten, so können Sie unter "Extras/Dokumentenschutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.
- 3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **bis am 11. Februar 2022** an folgende E-mail Adresse: <u>uv@bag.admin.ch</u> und dm@bag.admin.ch

(bitte auf der ersten Seite angegebene Abkürzung verwenden)	Allgemeine Ber	merkungen	
	Der Regierungsrat des Kantons Aargau stimmt dem vorliegenden Geschäft vollumfänglich zu und hat dazu keine weiteren Bemerkungen.		
Name / Firma	Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

Unser Fazit (bitte nur eine Antwort ankreuzen)		
x	Zustimmung	
	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen	
	Grundsätzliche Überarbeitung	
	Ablehnung	

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : SVA Schaffhausen

Abkürzung der Firma / Organisation : SVA Schaffhausen

Adresse : Oberstadt 9, 8200 Schaffhausen

Kontaktperson : Bruno Bischof

Telefon : 052 632 61 11

E-Mail : bruno.bischof@svash.ch

Datum : 7. Januar 2022

Wichtige Hinweise:

- 1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
- 2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen möchten, so können Sie unter "Extras/Dokumentenschutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.
- 3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **bis am 11. Februar 2022** an folgende E-mail Adresse: <u>uv@bag.admin.ch</u> und <u>dm@bag.admin.ch</u>

Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV)			
Name / Firma SVA Schaffhausen	Allgemeine Bemerkungen		
Name / Firma	Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

Unser Fazit (bitte nur eine Antwort ankreuzen)		
X	Zustimmung	
	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen	
	Grundsätzliche Überarbeitung	
	Ablehnung	

LANDAMMANN UND REGIERUNGSRAT Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidgenössisches Departement des Innern Herr Bundesrat Alain Berset Generalsekretariat GS-EDI Inselgasse 1 3003 Bern

Telefon 041 618 79 02 staatskanzlei@nw.ch Stans, 25. Januar 2022

Verordnung über die Unfallversicherung (UVV). Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 27. Oktober 2021 unterbreiteten Sie uns den Entwurf zur Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) mit der Bitte, bis zum 11. Februar 2022 eine Stellungnahme abzugeben.

Wir danken Ihnen für diese Möglichkeit und lassen uns wie folgt vernehmen:

Wir sind mit den vorgeschlagenen Änderungen der Verordnung über die Unfallversicherung einverstanden und haben keine weiteren Bemerkungen.

Freundliche Grüsse

NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Karin Kayser-Frutschi

Landammann

lic. iur. Armin Eberli Landschreiber

Geht an:

- uv@bag.admin.ch
- dm@bag.admin.ch





Eidgenössisches Departement des Innern 3003 Bern

26. Januar 2022 (RRB Nr. 103/2022)

Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (Vernehmlassung)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 27. Oktober 2021 haben Sie uns eine Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV; SR 832.202) zur Vernehmlassung unterbreitet. Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Die Vorlage ist im Grundsatz zu begrüssen. Im gegenwärtigen Niedrigzinsumfeld ist eine Senkung der Zuschläge für Ratenzahlungen gerechtfertigt, zumal diese Zuschläge in erster Linie den entgangenen Vermögensertrag der Versicherer entschädigen sollen. Ebenso leuchtet es ein, die Versicherer bei wiederholtem Zahlungsverzug des Arbeitgebers oder des freiwillig Versicherten von der Pflicht zum Angebot der Ratenzahlung zu befreien. Zu prüfen wäre jedoch, ob in Art. 117 Abs. 1 UVV anstelle von festen Zuschlägen vorgesehen werden könnte, dass sich die Zuschläge nach bestimmten Vorgaben automatisch an das jeweilige Zinsumfeld anpassen, allenfalls in Anlehnung an die Regelung zum hypothekarischen Referenzzinssatz für Mietzinsanpassungen. So müsste bei Veränderungen des Zinsumfelds nicht jedes Mal die Verordnung angepasst werden.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Bundesrat, die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin: Die Staatsschreiberin:

Jacqueline Fehr Dr. Kathrin Arioli

Landeskanzlei Rathausstrasse 2 4410 Liestal T 061 552 50 06 landeskanzlei@bl.ch www.bl.ch



Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Departement des Innern Herr Bundesrat Alain Berset Inselgasse 1 3003 Bern

Per E-Mail an: uv@bag.admin.ch, dm@bag.admin.ch

Liestal, 1. Februar 2022

VGD/KIGA

Änderung von Artikel 117 Absatz 1 der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV), Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. Oktober 2021 haben Sie uns eingeladen, im Rahmen der Vernehmlassung zur Änderung von Art. 117 Abs. 1 der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) unsere Stellungnahme abzugeben.

Die aktuell gültigen Ratenzahlungs-Zuschläge für die Entrichtung der Prämien in der obligatorischen Unfallversicherung sollen an die veränderten Marktverhältnisse (Tiefzinsumfeld) angepasst und somit gesenkt werden. Im Weiteren sollen die Unfallversicherer bei wiederholtem Zahlungsverzug des Arbeitgebers oder des freiwillig Versicherten aus Kostenüberlegungen die Möglichkeit zur ratenweisen Prämienzahlung nicht weiter anbieten müssen.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft begrüsst die geplanten Anpassungen vollumfänglich und dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Hochachtungsvoll

Thomas Weber Regierungspräsident

Elisabeth Heer Dietrich Landschreiberin



Regierungsrat

Postgasse 68 Postfach 3000 Bern 8 info.regierungsrat@be.ch www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Bundesamt für Gesundheit

Per E-Mail an:

- uv@bag.admin.ch
- und dm@bag.admin.ch

RRB Nr.:

--88/2022

2. Februar 2022

Direktion:

Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Klassifizierung:

Nicht klassifiziert

Vernehmlassung des Bundes: Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV).

Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrter Herr Bundesrat Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat des Kantons Bern dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Er stimmt sowohl der Senkung der fixen Ratenzahlungszuschläge als auch der Möglichkeit der Aufhebung der ratenweisen Prämienzahlung durch den Versicherer bei Zahlungsverzug des Versicherungsnehmers zu und hat keine weiteren Bemerkungen.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Béatrice Simon

Regierungspräsidentin

Christoph Auer

Staatsschreiber

Verteiler

Finanzdirektion

Prise de position de

Nom / entreprise / organisation : République et canton du Jura / Service de la santé publique

Abréviation de l'entr. / org. : RCJU / SSA

Adresse : Faubourg des Capucins 20, 2800 Delémont

Personne de référence : Sophie Chevrey-Schaller, adjointe au chef de Service

Téléphone : 032 420 51 35

Courriel : sophie.chevrey-schaller@jura.ch

Date : 19 janvier 2022

Informations importantes:

- 1. Veuillez n'effectuer aucun changement dans le format du formulaire.
- 2. Si vous souhaitez supprimer certains tableaux dans le formulaire, vous avez la possibilité d'ôter la protection du texte sous « Outils/Ôter la protection ».
- 4. Veuillez envoyer votre prise de position par voie électronique **avant le 11 février 2022** à l'adresse suivante : <u>uv@bag.admin.ch</u> et <u>dm@bag.admin.ch</u>

Modification de l'ordonnance sur l'assurance-accidents (OLAA)

Nom / entreprise (prière d'utiliser l'abréviation indiquée à la première page)	Remarques générales n a			
RCJU / SSA	Le Gouvernement de la République et du Canton du Jura vous remercie de la possibilité qui lui est offe prendre position sur la modification de l'ordonnance sur l'assurance-accidents (OLAA). Le Gouvernement République et du Canton du Jura n'a pas de remarques et accepte la modification de l'ordonnance l'assurance-accidents.			
Nom / entreprise	article commentaires / remarques		modification proposée (texte proposé)	

Notre conclusion (cochez svp. une seule case)			
\boxtimes	Acceptation		
	Acceptation avec réserves / propositions de modifications		
	Remaniement en profondeur		
	Refus		

Delémont, le 01.02.2022

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA REPUBLIQUE ET CANTON DU JURA

David Eray President

Jean-Baptiste Maître Chancelier d'Etat



Le Conseil d'Etat

402-2022

Département fédéral de l'intérieur Monsieur Alain Berset Conseiller fédéral Inselgasse 1 3003 Berne

Concerne : modification de l'ordonnance sur l'assurance-accidents (OLAA) – ouverture de la procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Votre courrier du 27 octobre 2021 concernant l'objet cité sous rubrique nous est bien parvenu et a retenu notre meilleure attention.

Après examen du projet de modification soumis et du rapport explicatif qui l'accompagne, notre Conseil salue l'adaptation des majorations pour le paiement échelonné des primes de l'assurance-accidents obligatoire proposée.

Compte tenu de l'évolution de la situation des taux d'intérêt en Suisse et dans le monde, l'abaissement de la majoration pour le paiement échelonné aux nouvelles conditions du marché s'impose. Elle permet d'amoindrir les effets de la situation des taux nuls ou négatifs ressentis par les employeurs qui assument le paiement des primes de l'assurance obligatoire contre les accidents et maladies professionnels.

La possibilité offerte aux assureurs de supprimer le paiement échelonné lorsque l'employeur ou la personne assurée à titre facultatif a plus d'un paiement en retard n'appelle pas de remarque particulière de notre part.

En vous remerciant de nous avoir consultés au sujet de la modification de l'ordonnance précitée, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'expression de notre parfaite considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

17 1/1

La chanoclièr

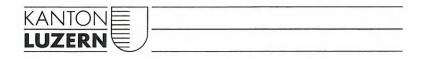
Michèle Rignetti

Le président

Serge Dal Busco

Copie à : uv@

uv@bag.admin.ch dm@bag.admin.ch



Finanzdepartement

Bahnhofstrasse 19 6002 Luzern Telefon 041 228 55 47 info.fd@lu.ch www.lu.ch

Öffnungszeiten: Montag - Freitag 08:00 - 11:45 und 13:30 - 17:00

Bundesamt für Gesundheit per E-Mail an (Word und PDF): uv@bag.admin.ch dm@bag.admin.ch

Luzern, 8. Februar 2022

Protokoll-Nr.:

162

Verordnung über die Unfallversicherung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. Oktober 2021 haben Sie die Kantonsregierungen in eingangs erwähnter Angelegenheit zur Stellungnahme eingeladen.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen mit, dass der Kanton Luzern mit den Anpassungen an das veränderte Zinsumfeld einverstanden ist und der Änderung der Verordnung zustimmt.

Ich danke Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Reto Wyss



La cheffe du Département de la santé et de l'action sociale

Av. des Casernes 2 BAP 1014 Lausanne Office fédéral de la santé publique OFSP 3003 Berne

uv@bag.admin.ch

dm@bag.admin.ch

Réf.: 22_COU_789

Lausanne, le 11 février 2022

Réponse à la consultation fédérale relative à la modification de l'ordonnance sur l'assurance-accidents (OLAA)

Mesdames, Messieurs,

Nous vous remercions de nous avoir consultés dans le cadre de la consultation citée en titre. Nous vous prions de trouver en annexe le formulaire complété avec nos observations et le détail de nos commentaires.

La modification de l'ordonnance sur l'assurance-accidents n'amène pas de remarques ou d'observations. Effectivement, dès lors que les taux d'intérêt ont chuté de manière importante, il est juste de réduire la majoration pour le paiement semestriel des primes de 1,250 % à 0,250 % et celle pour un paiement trimestriel de 1,875 % à 0,375 %.

En revanche, le Département de la santé et de l'action sociale (DSAS) rejette la proposition qui permettrait à l'assureur de supprimer le paiement échelonné si l'employeur a plus d'un paiement en retard. En effet, cette disposition aurait pour effet d'accentuer les difficultés des entreprises se trouvant déjà en situation délicate.

Enfin, il serait pertinent de revoir à la baisse d'autres taux d'intérêt pratiqués dans les assurances sociales, en particulier les intérêts moratoires ou rémunératoires prévus dans les ordonnances LAMal. En effet, il n'est pas correct que le taux d'intérêt fixé dans les textes punisse un débiteur ou enrichisse un créancier dans une conjoncture économique où un placement à 5% peut être considéré comme très avantageux. En juin dernier, le Conseil national a d'ailleurs soutenu une motion allant dans ce sens pour l'AVS (Motion Aeschi 19.3655).

Nous vous remercions d'avance pour les suites données à la présente et vous adressons, Mesdames, Messieurs, nos salutations distinguées.

La cheffe du Département

Rebecca Ruiz

Copies

- Office des affaires extérieures
- Département de la santé et de l'action sociale, Direction générale de la cohésion sociale

Der Regierungsrat des Kantons Thurgau



LKV

TG

٧A

HV

GeS

NCD

MT

AS ChemiChem GB/APSY

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Departement des Innern Herr Alain Berset Bundesrat 3003 Bern

10. Feb. 2002
Registratur GS EDI

Amti oto pio gz

Eundesaint für Gesundheit

DE

DG

CC

Int

STE

Dig

IT+GE/ER

Frauenfeld, 8. Februar 2022 78

Verordnung über die Unfallversicherung (UVV)

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Entwurf für die Teilrevision der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV; SR 832.202).

Der Kanton Thurgau stimmt der vorgeschlagenen Änderung zu.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates

Marin

Der Staatsschreiber



Envoi par courriel:

uv@bag.admin.ch; dm@bag.admin.ch

À l'attention du Département fédéral de l'intérieur DFI Office fédéral de la santé publique Section Assurance-accidents, prévention des accidents et assurance militaire

Berne, le 11 février 2022



Parti socialiste suisse

Theaterplatz 4 3011 Berne

Téléphone 031 329 69 69 Téléfax 031 329 69 70

info@pssuisse.ch www.pssuisse.ch

Consultation concernant la modification de l'article 117 alinéa 1 de l'ordonnance sur l'assurance-accidents (OLAA)

Monsieur le conseiller fédéral, Mesdames, Messieurs,

Le Parti socialiste suisse (PS Suisse) vous remercie de l'opportunité qui lui est accordée de se prononcer dans le cadre de la consultation concernant l'objet cité en marge.

Le projet mis en consultation prévoit un abaissement de la majoration pour le paiement échelonné des primes d'assurance-accidents obligatoire et de supprimer le paiement échelonné lorsque l'employeur ou la personne assurée à titre facultatif a plus d'un paiement en retard.

Le PS Suisse a pris connaissance de la documentation mise à disposition et renonce à une prise de position.

En vous remerciant de votre attention, nous vous prions de recevoir, monsieur le conseiller fédéral, mesdames, messieurs, nos meilleures salutations.

Parti socialiste suisse

Matter May

Mattea Meyer Co-présidente Cédric Wermuth Co-président

< Wernulh

Anna Nuzzo Secrétaire politique Schweizerische Volkspartei Union Démocratique du Centre Unione Democratica di Centro Partida Populara Svizra Generalsekretariat / Secrétariat général Postfach, CH-3001 Bern Tel. +41(0)31 300 58 58, gs@svp.ch www.svp.ch, PC-Kto: 30-8828-5



Elektronisch an:

uv@bag.admin.ch und dm@bag.admin.ch

Bern, 4. Januar 2022

Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV)

Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen im Rahmen der rubrizierten Vernehmlassung Stellung zur Vorlage. Wir äussern uns dazu wie folgt:

Auf Antrag der privaten Unfallversicherer sollen die Zuschläge bei ratenweiser Zahlung der im Voraus zu entrichtenden Prämien für die obligatorische Unfallversicherung gesenkt werden. Die SVP ist mit der entsprechenden Änderung der Zuschlagssätze auf Verordnungsstufe einverstanden.

Der Zuschlag für ratenweise Prämienzahlung beträgt aktuell bei halbjährlicher Prämienzahlung 1,250 Prozent und bei vierteljährlicher Prämienzahlung 1,875 Prozent der Jahresprämie. Der Ratenzahlungszuschlag schliesst neben der Entschädigung für den entgangenen Vermögensertrag aufgrund der späteren Zahlungseingänge auch eine Entschädigung für das höhere Ausfallrisiko sowie für den administrativen Mehraufwand mit ein.

Die Zuschlagssätze wurden seit der letzten Revision vom 15. Dezember 1997 von Art. 117 UVV nicht mehr verändert. Die Zinssituation in der Schweiz und weltweit hat sich seither bedeutend verändert. Aus diesem Grund soll der Zuschlag bei halbjährlicher Bezahlung auf 0,250 Prozent und bei vierteljährlicher Bezahlung auf 0,375 Prozent der Jahresprämie gesenkt werden. Zudem soll den Versicherern in Art. 117 Absatz 1 UVV neu die Möglichkeit eingeräumt werden, die ratenweise Prämienzahlung bei Zahlungsverzug des Arbeitgebers oder des freiwillig Versicherten mit mehr als einer Ratenzahlung aufzuheben. Die SVP Schweiz ist mit diesen beiden Anpassungen einverstanden. Die tieferen und angesichts des anhaltend tiefen Zinsniveaus marktgerechteren Ratenzuschlagssätze werden Arbeitgeber und freiwillig Versicherte, die ihre Prämien ratenweise bezahlen, finanziell entlasten.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI

Der Parteipräsident

Marco Chiesa Ständerat Der Generalsekretär

Peter Keller Nationalrat



Bundesamt für Gesundheit Direktionsbereich Kranken- und Unfallversicherung Schwarzenburgstrasse 157 3003 Bern

Per E-Mail: uv@bag.admin.ch und dm@bag.admin.ch

Zürich, 26. Januar 2022 LMB/sm mueller-brunner@arbeitgeber.ch

Vernehmlassungsantwort zur Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Sehr geehrte Frau Direktorin Sehr geehrte Damen und Herren

Der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) ist seit 1908 die Stimme der Arbeitgeber in Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit. Er vereint als Spitzenverband der Schweizer Wirtschaft rund 90 regionale und branchenspezifische Arbeitgeberorganisationen sowie direkt einige Unternehmen. Insgesamt vertritt er über 100'000 Klein-, Mittel- und Grossunternehmen mit knapp 2 Millionen Arbeitnehmenden aus allen Wirtschaftssektoren. Der SAV setzt sich für eine starke Wirtschaft und den Wohlstand der Schweiz ein. Er verfügt dabei über anerkanntes Expertenwissen insbesondere in den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung und Sozialpolitik.

Position des SAV

Für die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens. Im Sinne des von den Versicherungen angestossenen Antrages nehmen wir gerne wie folgt Stellung:

Die Arbeitgeber stimmen der Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) zu.

Aus Sicht der Arbeitgeber ist auf der Grundlage der veränderten Marktverhältnisse eine Anpassung des Ratenzahlungs-Zuschlages sinnvoll. Zudem halten wir die Einführung einer Handhabe für die Versicherungen zur Aufhebung des Ratenzahlungs-Modus für angebracht.

Gerne stehen wir Ihnen bei Rückfragen zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND

Prof. Dr. Roland A. Müller

Direktor

Dr. Lukas Müller-Brunner Mitglied der Geschäftsleitung

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Abkürzung der Firma / Organisation : SGB

Adresse : Monbijoustrasse 61, 3007 Bern

Kontaktperson : Gabriela Medici

Telefon : 079 242 65 43

E-Mail : gabriela.medici@sgb.ch

Datum : 7. Februar 2022

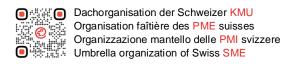
Wichtige Hinweise:

- 1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
- 2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen möchten, so können Sie unter "Extras/Dokumentenschutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.
- 3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **bis am 11. Februar 2022** an folgende E-mail Adresse: <u>uv@bag.admin.ch</u> und dm@bag.admin.ch

Name / Firma (bitte auf der ersten Seite angegebene Abkürzung verwenden)	f der ite e Allgemeine Bemerkungen			
SGB				
Name / Firma	Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)	
SGB	117 Abs. 1bis	Der SGB unterstützt die Ziele der angestrebten Verordnungsbestimmung. Er gibt aber zu bedenken, dass gerade frewillig Versicherte mit Schulden auf eine Ratenzahlung angewiesen sein können. Der Vernehmlassungsentwurf sichert ihnen keinen Anspruch auf Ratenzahlung – vielmehr wären sie auf das Wohlwollen der Versicherer angewiesen. Der SGB fordert deshalb eine eine Beibehaltung des Rechts auf Ratenzahlung. Analog zur angedachten Änderung in Art. 64° Abs. 2 KVG sollte hingegen eine Begrenzung der Anzahl Betreibungen geprüft werden (vgl. Allgemeine Bemerkung oben).		

Unser Fazit (bitte nur eine Antwort ankreuzen)			
	Zustimmung		
\boxtimes	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen		
	Grundsätzliche Überarbeitung		
	Ablehnung		





Bundesamt für Gesundheit 3000 Bern

Per Mail an: uv@bag.admin.ch

dm@bag.admin.ch

Bern, 9. Februar 2022 sgv-Gf/dm

Vernehmlassungsantwort: Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV)

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. Oktober 2021 hat uns Bundesrat Alain Berset eingeladen, zu einer Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) Stellung zu nehmen. Für die uns eingeräumte Gelegenheit zur Meinungsäusserung und für die Berücksichtigung unserer Anliegen und Bemerkungen danken wir Ihnen bestens.

Der Schweizerische Gewerbeverband sgv, die Nummer 1 der Schweizer KMU-Wirtschaft, vertritt 230 Verbände und gegen 500'000 Unternehmen, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Mit der anvisierten Verordnungsrevision, die auf einem gemeinsamen Antrag der UVG-Versicherer beruht, wird einerseits vorgeschlagen, die Zuschläge für ratenweise Prämienzahlungen um 80 Prozent zu senken, was einer Reduktion des massgebenden Zinssatzes von heute 5 Prozent auf neu 1 Prozent entspricht. Andererseits soll den Versicherem das Recht erteilt werden, bei Zahlungsausständen den Ratenzahlungsmodus aufzuheben, was administrativ einfachere und kostengünstigere Betreibungen ermöglichen soll.

Seitens des sav unterstützen wir die beiden vorgeschlagenen Änderungen.

Für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen bestens.

Freundliche Grüsse

Schweizerischer Gewerbeverband sgv

Hans-Ulrich Bigler Direktor Kurt Gfeller Vizedirektor

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : HDI Global SE

Abkürzung der Firma / Organisation : HDI

Adresse : Dufourstrasse 46, 8034 Zürich

Kontaktperson : Herr Roland Schuster

Telefon : 044 265 49 61

E-Mail : roland.schuster@hdi.global

Datum : 08.11.2021

Wichtige Hinweise:

- 1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
- 2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen möchten, so können Sie unter "Extras/Dokumentenschutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.
- 3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **bis am 11. Februar 2022** an folgende E-mail Adresse: <u>uv@bag.admin.ch</u> und dm@bag.admin.ch

Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV)				
Name / Firma (bitte auf der ersten Seite angegebene Abkürzung verwenden)	er ersten gebene Allgemeine Bemerkungen			
Name / Firma	Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)	

Unser Fazit (bitte nur eine Antwort ankreuzen)			
X	Zustimmung		
	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen		
	Grundsätzliche Überarbeitung		
	Ablehnung		

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Schweizerische Unfallversicherungsanstalt

Abkürzung der Firma / Organisation : Suva

Adresse : Fluhmattstrasse 1, 6004 Luzern

Kontaktperson : Marc Epelbaum, Generalsekretär

Telefon : 041 419 55 00

E-Mail : marc.epelbaum@suva.ch

Datum : 14. Dezember 2021

Wichtige Hinweise:

- 1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
- 2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen möchten, so können Sie unter "Extras/Dokumentenschutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.
- 3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **bis am 11. Februar 2022** an folgende E-mail Adresse: <u>uv@bag.admin.ch</u> und dm@bag.admin.ch

Änderung de	<mark>r Verordnung ü</mark>	iber die Unfallversicherung (UVV)		
Name / Firma (bitte auf der ersten Seite angegebene Abkürzung verwenden)	Allgemeine Bemei	rkungen		
	letzten Jahren ver	die Änderung von Artikel 117 Absatz 1 der Verordnung zur Unfallversicherung (UVV). E ändert. Aus diesem Grunde stellte die Suva zusammen mit den privaten Unfallversi den Ratenzahlungs-Zuschlag an diese veränderten Marktverhältnisse anzupassen.		
Suva	Der bisher in der UVV festgelegte Zuschlag auf Ratenzahlungen, der auf einem Jahreszinssatz von 5 Prozent beruht, ist aufgrund des tiefen Zinsniveaus ungewöhnlich und nicht mehr marktkonform. Zudem hat sich der administrative Mehraufwand für Druck, Rechnungen, Mahnungen etc. aufgrund der automatisierten Prozesse bei den Versicherern stark reduziert. Dementsprechend kann weder die Entschädigung für den entgangenen Vermögensertrag der späteren Zahlungseingänge noch die Entschädigung für den administrativen Mehraufwand die momentane Höhe der Zuschläge rechtfertigen.			
Name / Firma	Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)	

Unser Fazit (bitte nur eine Antwort ankreuzen)			
\boxtimes	Zustimmung		
	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen		
	Grundsätzliche Überarbeitung		
	Ablehnung		





Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung UVV (Art. 117 Abs. 1 UVV neu)

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : SVV Schweizerischer Versicherungsverband

Abkürzung der Firma / Organisation : SVV

Adresse : Conrad-Ferdinand-Meyer-Strasse 14, Postfach, 8022 Zürich

Kontaktperson : Irène Hänsli

Telefon : 044 228 28 41

E-Mail : irene.haensli@svv.ch

Datum : Zürich, 4. Februar 2022

ASA SVV

Wichtige Hinweise:

- 1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
- 2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen möchten, so können Sie unter "Extras/Dokumentenschutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.
- 3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte bis am 11. Februar 2022 an folgende E-mail Adresse: uv@bag.admin.ch und dm@bag.admin.ch

Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV)				
Name / Firma				
(bitte auf der ersten Seite	Allgemeine Bemerkungen			
angegebene Abkürzung	Aligenteine bemerkungen			
verwenden)				
	Sehr geehrte Damen und Herren			
Schweizerischer	Der Schweizerische Versicherungsverband SVV dankt Ihnen für die Einladung zur Anhörung im Rahmen der Änderung von Art. 117 Abs. 1 UVV (neu).			
Versicherungsverband	Der Schweizensche Versicherungsverbahu SVV dankt innen für die Einfadung zur Annording im Kannen der Anderung von Art. 117 Abs. 1 OVV (ned).			
SVV	Der SVV war Teil der Arbeitsgruppe der Unfallversicherer, die den Antrag auf Änderung von Art. 117 Abs. 1 UVV zuhanden des EDI erarbeitet hat. Er hat sich			
	entsprechend im Rahmen der Arbeitsgruppe eingebracht und das Anliegen zur Senkung der Ratenzuschläge unterstützt. Der SVV begrüsst die vorliegende			
	Umsetzung in Form von Art. 117 Abs. 1 UVV (neu) vollumfänglich und hat keine Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche.			

ASA SVV

Name / Firma	Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

Unser Fazit (bitte nur eine Antwort ankreuzen)				
\boxtimes	Zustimmung			
	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen			
	Grundsätzliche Überarbeitung			
	Ablehnung			

Freundliche Grüsse

SVV Schweizerischer Versicherungsverband

Bereich Kranken und Unfall

Daniel Jontofsohn

Leiter Bereich Kranken und Unfall

Irène Hänsli Rechtsanwältin

Fachverantwortliche Unfallversicherung und Krankentaggeld

Von: office@mtk-ctm.ch
An: BAG-UV; BAG-GEVER

Betreff: AW: BAG - Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung: Vernehmlassung eröffnet

Datum: Freitag, 10. Dezember 2021 17:15:21

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Medizinaltarif-Kommission UVG (MTK) wurde vom Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) eingeladen, an der Vernehmlassung betreffend die Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) teilzunehmen.

Da die geplanten Anpassungen betreffend die Zahlung von Unfallversicherungsprämien keine direkten Auswirkungen auf die Medizinaltarife der Bereiche UVG, MVG und IVG haben, verzichtet die MTK darauf, an der Vernehmlassung teilzunehmen. Die Unfallversicherer sowie auch die Suva haben oder werden sich über ihre Gremien zur geplanten Revision der UVV äussern.

Im Namen des MTK-Vorstands bedanke ich mich für die Einladung zur oben genannten Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Luigi Frisullo

Medizinaltarif-Kommission UVG (MTK)

Luigi Frisullo MTK Sekretär Postfach 4358 6002 Luzern

Besucheradresse:

Fluhmattstrasse 1, 6004 Luzern

Tel.: +41 (0)41 419 57 39 Fax: +41 (0)41 419 57 04

office@mtk-ctm.ch http://www.mtk-ctm.ch

Von: no-reply@news.admin.ch <no-reply@news.admin.ch>

Gesendet: Mittwoch, 27. Oktober 2021 10:02 **An:** Frisullo Luigi (FLX) < <u>Juigi.frisullo@suva.ch</u>>

Betreff: BAG - Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung: Vernehmlassung eröffnet

Diese Nachricht wurde Ihnen von www.admin.ch/news zugestellt.

BAG - Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung: Vernehmlassung eröffnet

Bern, 27.10.2021 - An seiner Sitzung vom 27. Oktober 2021 hat der Bundesrat die Vernehmlassung zur Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung eröffnet. Mit dieser Revision soll der Zuschlag für die ratenweise Zahlung der Unfallversicherungsprämien an die veränderten Marktverhältnisse angepasst werden. Die Änderung soll 2023 in Kraft treten.

Bundesamt für Gesundheit

Bitte antworten Sie nicht auf diese E-Mail.

Sie können Ihr Abonnement anpassen unter: www.admin.ch



AM Suisse Arbeitgeberverband Carmen Morath Seestrasse 105 8002 Zürich T +41 44 285 77 03, F +41 44 285 77 24 c.morath@amsuisse.ch Bundesamt für Gesundheit Direktionsbereich Kranken- und Unfallversicherung Schwarzenburgstrasse 157 3003 Bern

Per E-Mail: uv@bag.admin.ch und dm@bag.admin.ch

Zürich, 3. Februar 2022

Vernehmlassungsantwort zur Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Sehr geehrte Frau Direktorin Sehr geehrte Damen und Herren

Der AM Suisse ist der Arbeitgeber- und Berufsverband des Metallgewerbes. Die 1'850 Mitgliedbetriebe im Stahl- und Metallbau sowie in der Landtechnik beschäftigen 20'000 Mitarbeitende und erwirtschaften jährlich einen Umsatz von 5 Milliarden Franken.

Für die Gelegenheit zur Stellungnahme danken wir Ihnen bestens. Im Sinne des von den Versicherungen angestossenen Antrages nehmen wir gerne wie folgt Stellung:

Der AM Suisse stimmt der Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) zu.

Aus unserer Sicht ist auf der Grundlage der veränderten Marktverhältnisse eine Anpassung des Ratenzahlungs-Zuschlages sinnvoll. Zudem halten wir die Einführung einer Handhabe für die Versicherungen zur Aufhebung des Ratenzahlungs-Modus für angebracht.

Gerne stehen wir Ihnen bei Rückfragen zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

AM Suisse Arbeitgeberverband

Bernhard von Mühlenen

Direktor

Cyrine Zeder

C. Zede

Leiterin Recht/Soziales/Unternehmensführung



Département fédéral de l'intérieur Inselgasse 1 3003 Berne

uv@bag.admin.ch dm@bag.admin.ch

Paudex, le 04.02.2022 PAS/ty

Modification de l'article 117 alinéa 1 de l'ordonnance sur l'assurance-accidents (OLAA)

Madame, Monsieur,

Nous vous pris connaissance avec intérêt de l'objet cité sous rubrique, qui a retenu toute notre attention, et nous permettons de vous faire part de notre avis à ce sujet.

1. Modification des majorations pour paiement échelonnés

Nous approuvons la modification des majorations pour paiements échelonnés des primes. Dès lors que ces majorations sont aujourd'hui calculées sur la base d'un intérêt annuel de 5%, leur niveau n'est en effet manifestement plus justifié.

Nous pouvons également admettre que le pourcentage des majorations soit uniquement diminué, plutôt que ces dernières purement et simplement supprimées, malgré les taux nuls voire négatifs actuellement pratiqués. En effet, comme relevé dans le rapport explicatif, «la majoration pour paiement échelonné inclut, outre l'indemnité pour la perte du rendement de la fortune en raison du règlement différé du paiement, une indemnité pour le risque de défaillance plus élevé ainsi que pour la charge de travail administrative supplémentaire (impression des factures, rappels, frais de port)». La nouvelle référence pour le calcul, soit un taux d'intérêt de 1%, n'apparaît ainsi pas scandaleuse.

2. Suppression des paiement échelonnés en cas de retard

Sur le principe, nous acceptons aussi que les assureurs ne soient plus tenus de proposer un paiement échelonné des primes en cas de retard de plus d'une échéance. Nous estimons cependant que cette possibilité devrait être limitée dans le temps et le projet complété en conséquence.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à cette prise de position, nous vous prions de croire, Madame, Monsieur, à l'expression de notre considération distinguée.

Route du Lac 2 1094 Paudex Case postale 1215

1001 Lausanne T +41 58 796 33 00 F +41 58 796 33 11 info@centrepatronal.c

Kapellenstrasse 14 Postfach 3001 Bern T +41 58 796 99 09

T +41 58 796 99 09 F +41 58 796 99 03 cpbern@centrepatronal.ch Sophie Paschoud

Centre Patronal

santésuisse Römerstrasse 20 Postfach 1561 CH-4502 Solothurn Tel. +41 32 625 41 41 Fax +41 32 625 41 51 mail@santesuisse.ch www.santesuisse.ch



Die Schweizer Krankenversicherer

Les assureurs-maladie suisses

Für Rückfragen: Axel Reichlmeier

Direktwahl: +41 32 625 4252 Axel.Reichlmeier@santesuisse.ch

Solothurn, 8. Februar 2022

Vernehmlassungsverfahren zur Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV); Stellungnahme santésuisse

Sehr geehrter Herr Bundesrat Sehr geehrte Damen und Herren

santésuisse bedankt sich für die Möglichkeit, zur vorgesehenen Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) Stellung nehmen zu können.

santésuisse ist mit der vorgeschlagenen Änderung der UVV einverstanden, zumal es sich beim Anliegen um einen gemeinsamen Antrag aller UVG-Versicherer (Suva, private Unfallversicherer gemäss Artikel 68 UVG, SVV, IG Übrige UVG-Versicherer, Axa Versicherungen AG) aufgrund des gegenwärtigen Zinsumfeldes handelt.

Bezüglich einer künftigen Anpassung der Zinssätze muss aber sichergestellt sein, dass die Situation neu geprüft wird, wenn sich das Zinsumfeld über einen längeren Zeitraum (mind. 5 Jahre) signifikant anders darstellt. Die Verordnung müsste so ausgestaltet sein, dass dies ohne grossen Aufwand möglich wäre. Zudem würden wir begrüssen, dass die heutigen Zinswerte bei signifikant steigenden Zinsen wieder Gültigkeit erlangen würden.

Detaillierte Bemerkungen zu den einzelnen Bestimmungen:

Geltendes Recht	Vorentwurf Teilrevision	Vorschlag santésuisse	Bemerkungen
Verordnung über die Unfallversicherung (UVV) vom 20. Dezember 1982	Verordnung über die Unfallversiche- rung (UVV) vom 20. Dezember 1982		Gemäss erläuterndem Bericht, handelt es sich beim Anliegen um einen gemeinsamen Antrag aller UVG-Versicherer aufgrund des gegenwärtigen Zinsumfeldes (gemeinsamer Antrag von Suva und den privaten Unfallversicherern gemäss Artikel 68 UVG – vertreten durch die Suva, den SVV, die IG Übrige UVG-Versicherer und die Axa Versicherungen AG).
Der Schweizerische Bundesrat, gestützt auf Artikel 81 des Bundesgesetzes vom 6. Oktober 2000 über den Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG), auf das Bundesgesetz vom 20. März 1981 über die Unfallversicherung (Gesetz/UVG) sowie auf die Artikel 5 Absatz 3 und 44 des Versicherungsaufsichtsgesetzes vom 23. Juni 1978, verordnet:	Der Schweizerische Bundesrat verordnet:		
Voloranou	ı		
	Die Verordnung vom 20. Dezember 1982 über die Unfallversicherung wird wie folgt geändert:		
Art. 117 Zuschlag für ratenweise Prämienzahlung und Verzugszinsen	Art. 117 Abs. 1 und 1 ^{bis}		
¹ Der Zuschlag für ratenweise Prämienzahlung beträgt bei halbjährlicher Prä-	¹ Der Zuschlag für ratenweise Prämienzahlung beträgt bei halbjährlicher Prä-		Eiverstanden. Um die einheitliche Rechtsanwendung im UVG sicherzustel- len, ist zu begrüssen, dass weiterhin fixe

mienzahlung 1,250 Prozent und bei vierteljährlicher Prämienzahlung 1,875 Prozent der Jahresprämie. Der Versicherer kann pro Rate einen Mindestzuschlag von 10 Franken erheben.	mienzahlung 0,25 Prozent und bei vierteljährlicher Prämienzahlung 0,375 Prozent der Jahresprämie. Der Versicherer kann pro Rate einen Mindestzuschlag von 10 Franken erheben. 1bis 1st der Arbeitgeber oder der freiwillig Versicherte mit mehr als einer Ratenzahlung in Verzug, so ist der Versicherer berechtigt, den Ratenzahlungsmodus aufzuheben. Der Versicherer informiert den	Ratenzahlungszuschläge in der Verordnung festgelegt werden. Bezüglich einer künftigen Anpassung der Zinssätze muss aber sichergestellt sein, dass die Situation neu geprüft wird, wenn sich das Zinsumfeld über einen längeren bestimmten Zeitraum (mind. 5 Jahre) signifikant anders darstellt. Die Verordnung müsste so ausgestaltet sein, dass dies ohne grossen Aufwand möglich wäre. Zudem würden wir begrüssen, dass die heutigen Zinswerte bei signifikant steigenden Zinsen wieder Gültigkeit erlangen würden. Einverstanden. Diese Konsequenz und Massnahme erhöht den Druck auf den Prämienzahlenden, die Prämien pünktlich zu bezahlen.
	Arbeitgeber oder den freiwillig Versicherten über die Aufhebung des Prämienzahlungsmodus. Mit der Aufhebung des Prämienzahlungsmodus wird der Restbetrag der Prämie fällig.	
² Die Zahlungsfrist für Prämien beträgt einen Monat nach Fälligkeit. Nach dieser Frist ist pro Monat 0,5 Prozent Verzugs- zins zu erheben.	² Die Zahlungsfrist für Prämien beträgt einen Monat nach Fälligkeit. Nach dieser Frist ist pro Monat 0,5 Prozent Verzugs- zins zu erheben.	
³ Zuschlag und Verzugszinsen dürfen dem Arbeitnehmer nicht vom Lohn abge- zogen werden.	³ Zuschlag und Verzugszinsen dürfen dem Arbeitnehmer nicht vom Lohn ab- gezogen werden.	
	Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2023 in Kraft.	Keine Bemerkung.

Vielen Dank für die Berücksichtigung unserer Anmerkungen. Für allfällige Fragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

santésuisse

Direktion

Verena Nold Direktorin santésuisse Abteilung Grundlagen

Dr. Christoph Kilchenmann Leiter Abteilung Grundlagen

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Aargauische Industrie- und Handelskammer

Abkürzung der Firma / Organisation : AIHK

Adresse : Entfelderstrasse 11, 5001 Aarau

Kontaktperson : Philip Schneiter

Telefon : 062 837 19 04

E-Mail : philip.schneiter@aihk.ch

Datum : 9.2. 2022

Wichtige Hinweise:

- 1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
- 2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen möchten, so können Sie unter "Extras/Dokumentenschutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.
- 3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **bis am 11. Februar 2022** an folgende E-mail Adresse: <u>uv@bag.admin.ch</u> und dm@bag.admin.ch

Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV)			
AIHK	Die AIHK ist mit der vorgesehenen Änderung der UVV vollumfänglich einverstanden.		
Name / Firma	Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
			e e
И		2	

Unser Fazit (bitte nur eine Antwort ankreuzen)		
\boxtimes	Zustimmung	
	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen	
	Grundsätzliche Überarbeitung	
	Ablehnung	

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : JardinSuisse, Unternehmerverband Gärtner Schweiz

Abkürzung der Firma / Organisation : JardinSuisse

Adresse : Bahnhofstrasse 94, 5000 Aarau

Kontaktperson : Carlo Vercelli, Geschäftsführer

Telefon : 044 388 53 11

E-Mail : c.vercelli@jardinsuisse.ch

Datum : 11.02.2022

Wichtige Hinweise:

- 1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
- 2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen möchten, so können Sie unter "Extras/Dokumentenschutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.
- 3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **bis am 11. Februar 2022** an folgende E-mail Adresse: <u>uv@bag.admin.ch</u> und dm@bag.admin.ch

Änderung der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV)					
Name / Firma (bitte auf der ersten Seite angegebene Abkürzung verwenden)					
JardinSuisse	Die Reduktion	der Zuschläge wird begrüsst.			
Name / Firma	Artikel	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)		
JardinSuisse	Art. 117 Abs. 1 ^{bis}	Der erläuternde Bericht gibt als Grund für eine Aufhebung des Ratenzahlungsmodus bei Zahlungsverzug an, dass dadurch ein Betreibungsprozess administrativ einfacher ist und weniger Kosten generiert. - Auf Ratenzahlungen wird ein Zusatz verlangt. Damit ist ein allfälliger Mehraufwand abgedeckt. - Mit der Aufhebung des Prämienzahlungsmodus wird der Restbetrag der Jahresprämie sofort fällig. Dies kann einem Betrieb, der lediglich in einem kurzfristigen Liquiditätsengpass ist, in einen unnötigen Konkurs treiben. So gehen Arbeitsplätze verloren. (Beispielsweise machen gärtnerische Produktionsbetriebe über die Wintermonate grosse Vorinvestitionen in Kulturen, die sie erst im 2. Quartal in den Verkauf bringen können, so dass es zuweilen zu Liquiditätsengpässen kommen kann.)	streichen.		

Unser Fazit (bitte nur eine Antwort ankreuzen)	
	Zustimmung
X	Zustimmung mit Vorbehalten / Änderungswünschen
	Grundsätzliche Überarbeitung
	Ablehnung